

18. IV. 1916

## Die Versorgung Groß-Berlins.

Ergebnis der Besprechung im Ministerium des Innern.

Die Besprechung über die Versorgung von Groß-Berlin, die gestern unter dem Vorsitz des Ministers des Innern im Ministerium des Innern stattfand, führte zu Entschlüssen, von denen die Behebung einer Reihe von Mißständen in der Nahrungsmittelversorgung und Verteilung in Kürze erwartet werden kann.

Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die brennenden Fragen der Butter- und Fleischversorgung. Der Minister des Innern wies mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, unverzüglich durchgreifende Regelungen nach einheitlichen Grundsätzen in den Gemeinden Groß-Berlins eintreten zu lassen. Es sei Sorge zu treffen, daß Sicherheit geschaffen werde, daß der Verbraucher die ihm durch Butter- beziehungsweise Fleischkarte zugewiesene Menge tatsächlich und ohne die bisherigen Schwierigkeiten erhalte. Die Butterkarte und die Fleischkarte seien variabel zu gestalten, je nach dem vorhandenen Butter- bzw. Fleischvorrat. Das in verschiedenen großen Städten bewährte System der Bedarfsanmeldung beim Butterhändler und des Verkaufes nach der Anmeldung sei zweckmäßig auf Groß-Berlin zu übertragen. Es sei unerlässlich, den Verkauf von Butter und Fleisch derart zu regeln, daß die Käufer ihren Bedarf in bestimmten Läden decken, in denen sie ständig und ohne Schwierigkeiten bedient werden können. Nach dem Ergebnis der Besprechungen kann für die nächsten Tage mit der Einführung der Fleischkarte in allen Gemeinden Groß-Berlins gerechnet werden.

Uebereinstimmend wurde die Notwendigkeit anerkannt, in der nächsten Zeit den Fleischverbrauch auf das äußerste einzuschränken, um die Fleisch- und Milchversorgung für den Herbst und Winter sicherzustellen.

Anschließend wurde die Milchversorgung erörtert. Es konnte festgestellt werden, daß in den meisten Groß-Berliner Gemeinden bereits zweckmäßige Organisationen ins Leben gerufen oder im Entstehen begriffen sind. Wo man bisher mit Maßnahmen noch zurückgehalten hat, ist es in dem Wunsche geschehen, die bestmöglichen zu finden. Der Minister des Innern gab der gemeinsamen Ueberzeugung mit der Feststellung Ausdruck, daß die besprochenen Regelungen unverzüglich einzuleiten seien.